

# „Keine Alternative zum Postwachstum“

Mouvéco-Konferenz: Max Koch über soziale Gerechtigkeit in Zeiten sinkender Wirtschaftskraft

VON STEVE BISSEN

**Die Bevölkerung wächst, die Wirtschaft brummt. Dies erlaubt der Regierung die Umsetzung von sozialen Wohltaten und steigende Investitionen. Doch was wäre, wenn die Wirtschaft langfristig schrumpfen würde mit Blick auf die Erreichung der ambitionösen Pariser Klimaschutzziele?**

Eine Welt ohne Wachstum. Für viele kaum vorstellbar, denn das Wachstumsparadigma ist den meisten in Mark und Blut übergegangen. Steigende Wachstumszahlen sind gute Nachrichten – sinkende Wachstumszahlen schlechte Nachrichten. Denn mit Wirtschaftswachstum sind in der Regel auch steigende Staatseinnahmen verbunden. Und welche Regierung möchte nicht mehr Geld zur Verfügung haben, um eigene Projekte und Ideen voranzubringen oder die Bürger mittels einer Steuerreform zu entlasten.

Luxemburg ist dafür ein gutes Beispiel, auch wenn bei der von Premier Bettel vorgetragenen Regierungserklärung von Wachstum – und dessen Grenzen – kaum die Rede war. Viel lieber sprach Bettel über die hohen Investitionen und die geplanten Sozialmaßnahmen. Luxemburg „steht finanziell auf festen Beinen“, so der Premier. Diese relativ komfortable budgetäre Situation und die steigenden Ausgaben sind aber letztlich nur durch ein im Vergleich zum europäischen Ausland überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum und damit verbundene steigende Staatseinnahmen finanzierbar.

## „Wachstumspfad als Selbstmordmission“

Dabei ist das wirtschaftliche Wachstum, wie die Ressourcen unseres Planeten und des Staatsgebiets Luxemburg – begrenzt. „Die Zeiten hoher Wachstumsraten sind irgendwann vorbei“, betonte **Max Koch**, Professor für Sozialpolitik an der schwedischen Universität



Um die Erde zu erhalten, muss das Wachstum gebremst werden, sagt Max Koch.

(FOTO: GERRY HUBERTY)

Lund, anlässlich einer vom Mouvéco organisierten Konferenz zum Thema „Wohlfahrt ohne Wachstum“ in Luxemburg-Stadt.

Vor allem mit Blick auf die Erreichung der Pariser Klimaschutzziele und des weltweiten Bevölkerungswachstums gebe es langfristig „keine Alternative zum Postwachstum“ – sprich einem Rückgang der Wirtschaftskraft. Denn mit



dem Wirtschaftswachstum ist in der Regel auch eine Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Emissionen verknüpft. Koch bezeichnet daher „den Wachstumspfad als Selbstmordmission“ – nach dem Motto „je reicher, desto glücklicher, desto dreckiger“. Mit einem Sinneswandel müssten

aber schmerzliche, politische Diskussionen einhergehen, denn die damit verbundenen, sinkenden Staatseinnahmen müssten kompensiert werden und würden letztlich den Wohlfahrtsstaat – wie wir ihn heute kennen – in Frage stellen. Politiker halten deswegen gerne am Wachstumsparadigma fest und bevorzugen stetig steigende Einnahmen, da diese politische Handlungsspielräume eröffnen, die zur Umverteilung des Wohlstands sowie für soziale Maßnahmen und prestigeträchtige Investitionen genutzt werden können.

Neben den politischen Entscheidungsträgern profitieren aber auch die Bürger von Sozialmaßnahmen sowie steuerlichen Vergünstigungen und wehren sich gegen die Erhöhung von steuerlichen Abgaben. Aktuelles Beispiel: Die „Gelbwesten“ in Frankreich

„Wir müssen das ökonomische Wachstum als Priorität ablehnen.“

Max Koch

protestieren unter anderem gegen die Erhöhung der Benzinsteuern, obwohl diese im Sinne einer ökologischen Transformation eingeführt werden soll. Allerdings hat sie große finanzielle Auswirkungen

auf Geringverdiener. Ökologische Transformation kann demnach zu sozialen Konflikten führen. Deswegen setzt auch keine Partei sich offen für einen Rückgang des Wirtschaftswachstums ein – aus Angst, vom Wähler abgestraft zu werden. Es ist aber letztlich eine Frage, der sich die Politik früher oder später stellen muss – und auch der Bürger.

## Festlegung von Mindest- und Höchstgrenzen

Um einen nachhaltigen Wohlstand auch in Zeiten sinkender Wirtschaftskraft zu erhalten, fordert Koch daher ein Umdenken: „Wir müssen das ökonomische Wachstum als Priorität ablehnen.“ Stattdessen soll der Fokus auf Wohlfahrt und Wohlbefinden ausgerichtet werden. Dabei müsse man auch zwischen Grundbedürfnissen und Luxusgütern unterscheiden, damit die ökologische Nachhaltigkeit nicht auf Kosten der sozialen Inklusion geht. Außerdem müsste die Nachhaltigkeitspolitik von einer starken Sozialpolitik flankiert werden, damit die damit einhergehende ökologische und soziale Transformation vom Wähler akzeptiert wird.

Koch setzt sich dabei unter anderem für eine Begrenzung von Einkommen und Vermögen ein, denn schließlich würden „reiche Menschen mit Abstand die höchsten CO<sub>2</sub>-Emissionen produzieren“ – dazu gehören eine Erbschaftsteuer und eine Vermögenssteuer. Des Weiteren sollen Mindest- und Höchstgrenzen etwa beim Energieverbrauch festgelegt werden, die je nach sozialer Situation gestaffelt werden. Eine zentrale Rolle sollen außerdem lokale, basisdemokratisch aufgestellte Foren – die sich der Definition von Grundbedürfnissen widmen – sowie ein aktiver und interventionistischer Staat spielen, um eine nachhaltige Wohlfahrt in Zeiten des Postwachstums zu gewährleisten und soziale Konflikte möglichst zu vermeiden.